

Stimmen zu Deutschlands Amtszeit im UN-Sicherheitsrat

Ein gemischtes Ergebnis

Prof. Dr. Ummu Salma Bava, geb. 1963, ist Jean-Monnet-Lehrstuhlinhaberin am Zentrum für Europäische Studien an der Jawaharlal Nehru Universität in Neu-Delhi, Indien.

Das Navigieren des UN-Sicherheitsrats ist risikoreich und Deutschland stand in seiner sechsten Amtszeit im Rat vor zusätzlichen Herausforderungen. Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump diskreditierte den Multilateralismus und blockierte Entscheidungsfindungen. Die COVID-19-Pandemie schränkte die Interaktionen zusätzlich ein und wurde zu einer Gratwanderung zwischen der Suche nach kooperativen Ergebnissen und der Vermeidung von Konfrontationen. Die präzedenzlose, gemeinsame Präsidentschaft Frankreichs und Deutschlands im März und April 2019 und Berlins Übernahme der Führungsrolle im Juli 2020 fanden parallel zum deutschen Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU) statt. Deutschlands Fähigkeit, eine Führungsrolle zu übernehmen, Themen zu setzen und zur Problemlösung auf globaler und regionaler Ebene beizutragen, rückte damit in den Fokus.

Wie erfolgreich war Deutschland nun dabei, seine Agenda in Aktionen und Initiativen umzusetzen? Angesichts der Tatsache, dass nationale Interessen den Status quo vorantreiben, zielten die Reden

des Ständigen Vertreters Deutschlands, Christoph Heusgen, darauf ab, die Diskussionen über die Umsetzung von Resolutionen anzustoßen, beispielsweise im Nahostkonflikt. Offene Vorhänge im Rat und eine Sanduhr verdeutlichten, dass mehr Transparenz und Prägnanz in der Auseinandersetzung mit kritischen politischen und konfliktträchtigen Themen notwendig ist. Im Sicherheitsrat geht es um Machtpolitik. Die Fähigkeit, Koalitionen zu bilden, ist eine notwendige Strategie, um erfolgreich zu sein. Deutschland arbeitete diesbezüglich in enger Partnerschaft mit anderen europäischen Ländern zusammen, insbesondere mit Frankreich und Großbritannien. In den Krisengebieten Libyen und Sudan hatte Deutschland jedoch nur begrenzten Erfolg und musste sich bei der Resolution 2467 über Frauen, Frieden und Sicherheit, die sich auf sexuelle Gewalt in Konflikten konzentrierte, dem Druck der USA beugen. Deutschland gelang es aber, Unterstützung für einen neuen Gesandten des UN-Generalsekretärs für Klimakonflikte zu gewinnen und den Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan mit Iran (JCPOA) aufrechtzuerhalten.

Deutschlands ›Vorstoß‹ im Rat ging über das traditionelle Engagement im Handelsbereich hinaus. Das Land nahm eine sichtbare politische Rolle am Verhandlungstisch ein. Angesichts seiner Einbettung in die Architektur des Machtgefüges aus dem Jahr 1945, wonach die Ständigen Mitglieder China und Russland offensiver auftreten und infolge des amerikanischen Rückzugs eine blockierende Rolle spielen, fällt die Bilanz der Amtszeit Deutschlands im Sicherheitsrat gemischt aus.

Verständigung im UN-Sicherheitsrat unter erschwerten Bedingungen zwischen dem französischen UN-Botschafter Nicolas De Rivièrè und dem UN-Botschafter Deutschlands Christoph Heusgen im Oktober 2020.
UN PHOTO: EVAN SCHNEIDER



Weiterentwicklung des Multilateralismus

Als Deutschland im Juni 2018 für einen nichtständigen Sitz in den UN-Sicherheitsrat gewählt wurde, befanden sich die UN bereits in einer beispiellosen Krise des Multilateralismus. Deutschlands Amtszeit fiel zudem mit weitreichenden geopolitischen Verschiebungen zusammen, darunter die sich verschärfende Rivalität zwischen China und den USA, die Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen und die wiederholten Spannungen in den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Im zweiten Jahr im Rat verursachte die COVID-19-Pandemie eine globale Katastrophe mit komplexen Auswirkungen auf konfliktbetroffene Gebiete. Diese Zeit ist ein Hindernislauf für die UN sowie für ein Land, dessen Rolle auf der internationalen Bühne sich in den letzten fünf Jahren deutlich verändert hat und auf das viele hohe Erwartungen für die Aufrechterhaltung einer regelbasierten globalen Ordnung setzen, die fest in einem effektiven UN-System verankert ist.

Deutschland navigierte durch diese wechselnden Winde, indem es stetig die

Betonung auf die Konfliktprävention legte, auf der Vision des Generalsekretärs zur Erhaltung des Friedens aufbaute und die Perspektive der Prävention in viele Diskussionen des Rates einbrachte. Während die Geopolitik weiterhin eine größere Reform des Rates verhindert hat, hat Deutschland schrittweise, aber strategisch auf präventive Ansätze hingearbeitet. Am erfolgreichsten war die Bundesrepublik bei der Themensetzung in den Bereichen Klima und Sicherheit. Während das Land auf eine stärkere Anerkennung von Klimarisiken und klimasensitivere Risikobewertungen im Rat drängte, erkannte es auch, dass es notwendig ist, Klima und Sicherheit im gesamten System zu verankern. Durch die Förderung des neuen Klima- und Sicherheitsmechanismus, die Ausweitung der Gruppe der Freunde und das Anpassen der Agenda an das gesamte UN-System hat Deutschland dazu beigetragen, den Multilateralismus in einer Weise aufzuwerten, die sich hoffentlich auch in der Zeit nach Bundeskanzlerin Angela Merkel fortsetzen wird.

Dr. Adriana Erthal Abdenur, geb. 1975, ist Geschäftsführerin der Plataforma CIPÓ, einem Institut in Brasilien zu Fragen der Regierungsführung, des Klimas und des Friedens in Lateinamerika und der Karibik.

Koalitionsbildung und Förderung von Frieden und Sicherheit

Im Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik steht das Engagement für multilaterale Zusammenarbeit, Konfliktprävention und -lösung sowie eine regelbasierte internationale Ordnung. Während ihrer zweijährigen Amtszeit im Rat verfolgte die Bundesrepublik eine Agenda, die diese Ziele priorisiert und nichttraditionelle Sicherheitsfragen in den Vordergrund stellt: Konfliktprävention, Geschlechter- und Friedensfragen, Klimawandel, globale Gesundheit und Menschenrechte. Die Bundesregierung sieht Deutschlands Rolle in den UN als Vermittler, Brückenbauer und Fürsprecher für das Vorantreiben einer Friedens- und Sicherheitsagenda.

Deutschland nutzte die institutionellen Mechanismen, um seine Agenda voranzubringen und auf Krisenereignisse zu reagieren. So initiierte Deutschland beispielsweise ›Arria-Formel‹-Treffen, um Querschnittsthemen wie die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit zu behandeln.

Die Amtszeit des Landes war geprägt von zunehmender Uneinigkeit unter den Ratsmitgliedern, eskalierenden Krisen und dem katastrophalen Ausbruch der COVID-19-Pandemie. Die Erfolge wurden insbesondere durch die Uneinigkeit im Rat geschmälert. Und die Pandemie ist nur ein Beispiel, das die Abkehr von überholten Vorstellungen der ›harten‹ versus ›weichen‹ Sicherheitsfragen unterstreicht. Das Durcheinander im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie war ein Rückschlag für die Handlungsfähigkeit des Rates, nichttraditionelle Sicherheitsfragen anzugehen. Die Komplexität und der grenzüberschreitende Charakter globaler Herausforderungen erfordern ein umfassendes Sicherheitskonzept, das entwicklungs-, außen- und sicherheitspolitische Bemühungen koordiniert. Gerade in dem Bereich der Konfliktprävention und der notwendigen multilateralen Lösungen hat Deutschland noch eine wichtige Rolle zu spielen.

Dr. Karin L. Johnston, geb. 1958, ist Dozentin an der School for International Service, American University, Washington, D.C., und Senior Fellow bei Women In International Security (WIIS).